



# Beschlussbuch

Juso-Bezirkskonferenz  
18. Februar 2018  
Feucht



1	<b>Inhaltsverzeichnis</b>	
2	Arbeitsprogramm 2018/2019 .....	3
3	Anträge .....	10
4	A1 Mehr Praktika an Gymnasien.....	10
5	A2 Die Zeitschrift „Schule und Wir“ in das digitale Zeitalter führen .....	11
6	A3 Medienpädagogik ist kein Erweiterungsfach, es ist Pflicht! .....	12
7	A4 Legislaturperiodenbeschränkung für Bundeskanzler*innen.....	14
8	A6 3+2-Regel verbessern – jungen Geflüchteten eine Chance bieten .....	15
9	A7 Internet als Grundversorgung .....	16
10	A8 Reform des Namensrechts bei Eheschließung gemäß §1355 BGB .....	17
11	A9 Änderung des §17 Bundesmeldegesetz (BMG) – Möglichkeit der vorzeitigen	
12	Anmeldung .....	19
13	A12 Helfen statt Posten!.....	20
14	A13 Steuerfreiheit für Mindestlohnempfänger*innen!.....	21
15	Y1 Mehr Jugendpartizipation im Freistaat Bayern! .....	22
16		
17		

# 1   Arbeitsprogramm 2018/2019

2  
3   Die Arbeit der Jusos Mittelfranken soll 2018 unter drei speziellen Leitbegriffen stehen. Sie sind  
4   sozusagen unser Motto für die kommenden Monate. Die Leitbegriffe sind:

5  
6   **DIALOG**

7   **AUFKLÄRUNG**

8   **AUFMERKSAMKEIT**

9  
10   Diese Begriffe sind schon jetzt Teilaspekte der Juso-Arbeit, doch wir als Bezirksverband haben  
11   für uns erkannt, dass auch wir sie mehr und bewusster mit Inhalten füllen müssen. Die Ebene  
12   des Juso-Bezirks soll dadurch mehr Stärke und Profil erhalten. Das hilft nicht nur bei der Zu-  
13   sammenarbeit mit den Jusos Bayern. Es stärkt auch innerhalb der SPD Mittelfranken unser  
14   Standing und macht uns für die jungen Bürger\*innen noch interessanter und glaubwürdiger –  
15   unabhängig von der lokalen Stärke der Jusos.

## 16 17   **Was verstehen wir unter DIALOG?**

18  
19   Ganz einfach: Wir müssen wieder mehr Dialog wagen – untereinander genauso wie mit „Nicht-  
20   Genoss\*innen“! Es darf sich nirgendwo eine Juso-Filterblase aufbauen, in der nur noch die  
21   eigene Meinung richtig ist. Natürlich stehen wir zu unseren Überzeugungen, aber wir sollten  
22   immer offen bleiben gegenüber anderen Meinungen.

23  
24   In einer Debatte geht es nicht immer darum, zu gewinnen oder den\*die Gesprächspartner\*in  
25   zu bekehren. Manchmal geht es darum, zu lernen und Gemeinsamkeiten zu finden. Wichtig ist  
26   vor allem, dass der Dialog auf Augenhöhe stattfindet. Unsere Sprache darf nicht zu populistisch,  
27   aber auch nicht zu akademisch sein. Gerade Letzteres wird den Jusos gerne vorgeworfen – in  
28   manchen Punkten leider zurecht. Wir wollen Wege finden, das zu ändern.

29  
30   Das Wichtigste jedoch am Dialog ist, dass wir auch mal einen Streit aushalten können, solange  
31   der Streit freundlich und konstruktiv bleibt. Die Gesellschaft scheint immer mehr zu vergessen,  
32   dass es auch eine positive Streitkultur gibt. Wir Jusos sollten da mit gutem Beispiel vorangehen.

## 33 34   **Was verstehen wir unter AUFKLÄRUNG?**

35  
36   Mit Aufklärung ist besonders die politische Weiterbildung unserer Genoss\*innen gemeint. Unser  
37   Bekenntnis zum demokratischen Sozialismus und alle weiteren Grundsätze können nur glaub-  
38   haft von uns Jusos vertreten werden, wenn sie immer wieder aktiv in den Bezirk getragen wer-  
39   den. Wir als Bezirksvorstand wollen mit eigenen Projekten für mehr Aufklärung sorgen und die  
40   Unterbezirke zu mehr grundsätzlicher Bildungsarbeit animieren. Ob Seminar, Podiumsdiskus-  
41   sion oder politischer Stammtisch: Jede Form hat dabei ihre Berechtigung und sollte entspre-  
42   chend ihrer Stärken ausgewählt werden.

1 Die Aufklärung junger Mitbürger\*innen spielt natürlich eine genauso wichtige Rolle. Inhaltliche  
2 Angebote sind grundsätzlich für interessierte Nicht-Mitglieder offen zu halten, ganz im Sinne der  
3 Transparenz. Wichtig ist, dass unsere politische Arbeit klarmacht, wofür wir Jusos inhaltlich ste-  
4 hen – unabhängig von irgendwelchen Wahlkämpfen. Natürlich spielen die Landtags- und Be-  
5 zirkstagswahlen auch für die Jusos Mittelfranken eine Rolle, aber erst mal nur terminlich. Das  
6 Anliegen, das wir mit den drei Leitbegriffen verfolgen, ist von grundsätzlicher Art.  
7

## 8 **Was verstehen wir unter AUFMERKSAMKEIT?**

9

10 Politische Arbeit kann noch so gut sein: Wenn sie weder in der Partei noch in der Öffentlichkeit  
11 wahrgenommen wird, nützt sie uns auf Dauer nichts. Gerade die Jusos Mittelfranken als Be-  
12 zirksebene haben hier eindeutig Verbesserungsbedarf. Unsere Ebene braucht genauso Auf-  
13 merksamkeit wie jeder einzelne Unterbezirk oder Kreisverband.  
14

15 Um das zu bewerkstelligen, müssen wir an mehreren Stellschrauben drehen. Es braucht wieder  
16 mehr inhaltliche Angebote des Bezirks in Form von Veranstaltungen, es braucht mehr Content  
17 für unsere Online-Kanäle, es braucht eine aktivere Pressearbeit.  
18

19 Aufmerksamkeit schaffen heißt auch: mal neue, ungewohnte Wege gehen, gerade in der Ei-  
20 genwerbung. Die Jusos Mittelfranken sollen öfter im positiven Sinne überraschen, zum Beispiel  
21 indem wir Themen in die Öffentlichkeit rücken, die von den Jusos so nicht erwartet werden.  
22 Provokant heißt schließlich nicht automatisch populistisch und „Haben wir noch nie so gemacht“  
23 ist für uns kein Gegenargument.  
24

## 25 **Was heißt das... für unsere Vorstandsarbeit?**

26

27 Ein Ziel unseres letzten Arbeitsprogramms war es, die inaktiven Unterbezirke wieder zu reakti-  
28 vieren. Das ist tatsächlich gelungen. Sowohl der Unterbezirk Nürnberger Land als auch der  
29 Unterbezirk Roth haben sich erfolgreich wiedergegründet.  
30

31 Unter diesen Voraussetzungen ist das Ziel für 2018 klar: die Integration aller Unterbezirke in  
32 die Arbeit der Bezirksebene. Die Bezirkskonferenz in Feucht ist ein guter Anfang. Bei weiteren  
33 Projekten werden wir die neuen Unterbezirke – genau wie die alten – um Rat fragen und sie  
34 entsprechend in die Pflicht nehmen. Die Jusos Mittelfranken sollen möglichst im gesamten Bezirk  
35 präsent sein.  
36

37 Mittelfristig soll sich das im Bezirksvorstand widerspiegeln, so wie unsere Richtlinien es ohnehin  
38 andeuten. Kooptierungen können ein gutes Mittel sein, um Talente aus Roth und Nürnberger  
39 Land dafür „anzulernen“. Unabhängig davon werden Kooptierungen verwendet, um Expert\*in-  
40 nen für unsere Bezirksarbeit zu gewinnen, um so dauerhaft professioneller zu werden.  
41

42 „Professioneller“ heißt: unser Wissen gezielt aufzubereiten, damit kommende Vorstände es si-  
43 cher weiterverwenden können. Eine Cloudlösung ist dafür bereits eingerichtet worden. Sie soll  
44 in Zukunft ein Wiki für unsere Prozesse werden und Sammelstelle für organisatorische Doku-  
45 mente.  
46

1 „Professioneller“ heißt auch, dass jedes Mitglied im Bezirksvorstand mehr in die Verantwortung  
2 genommen wird, um die Arbeit besser und effektiver zu schultern. Es findet daher direkt am  
3 Anfang eine sehr klare Ressortverteilung statt. Jedes Vorstandsmitglied erhält ein spezielles Pro-  
4 jekt oder Themengebiet, das er\*sie das gesamte Jahr über hauptverantwortlich leitet. Damit soll  
5 vermieden werden, dass der\*die Vorsitzende zum „Flaschenhals“ im Prozessmanagement wird  
6 und es allein an ihm oder ihr hängt, ob Veranstaltungen stattfinden oder nicht. Gleichzeitig  
7 kann so jedes Vorstandmitglied Erfahrung in der Vorstandsarbeit sammeln.

8  
9 Grundsätzlich ist unser Ziel, dass der Bezirksvorstand bei seinen Strukturen mit gutem Beispiel  
10 vorangeht und so für die Unterbezirke ein zuverlässiger Partner und Inspiration zugleich sein  
11 kann.

## 13 **Was heißt das... für die Arbeitsgemeinschaften vor Ort?**

14  
15 Vor Ort herrschen teilweise optimale Bedingungen für die Jusos. Kommunal sind wir vielerorts  
16 sehr stark und aktiv vertreten, oft auch mit Gemeinde- und Stadträt\*innen.

17  
18 Die lokale Stärke scheint jedoch vielen AGs genug zu sein. Das ortsübergreifende Engagement  
19 für die Jusos hat in unserem Bezirk spürbar abgenommen. Das finden wir nicht nur bedauerlich,  
20 es hat auf Dauer immense Nachteile für uns.

## 22 **Der Gemeinschaftssinn der mittelfränkischen Jusos braucht eine Wiederbelebung!**

23  
24 Die politischen Umstände und die Zustände in der SPD, egal ob bundesweit oder auf Bayern-  
25 Ebene, verlangen von uns Jusos, dass wir als AG vernetzter agieren, um als eigene starke  
26 Stimme zu gelten – nicht einfach nur als junge Stimme unter vielen alten. Die Unterstützung der  
27 SPD ist selbstverständlich, aber nur von Wahlkampf zu Wahlkampf zu denken, das ist nicht unser  
28 Verständnis von Parteiarbeit. Wir werden weiterhin den Finger in die politische Wunde legen  
29 und uns nicht scheuen, auch mal Gegenpositionen zur Mutterpartei einzunehmen. Politische  
30 Aufklärung, Bildungs- und Informationsarbeit sollten aber unser Hauptanliegen sein.

31  
32 Der Juso-Bezirk will hier mit gutem Beispiel vorangehen. Wir investieren daher 2018 vor allem  
33 in die politische Grundbildung der jungen Genoss\*innen und Mitbürger\*innen. Neben eigenen  
34 neuen Projekten wollen wir vorhandene Projekte aus den Unterbezirken gezielter auf die Be-  
35 zirksebene legen, wenn sie sich für einen Kreisverband oder Unterbezirk zu wenig rentieren.  
36 Das macht die Bildung für alle im Bezirk effizienter.

37  
38 Natürlich setzt das voraus, dass die Unterstützung des Bezirksvorstands als solche wahrgenom-  
39 men wird und nicht als Entzug von Autorität. Der Bezirksvorstand stellt seine Funktion und Res-  
40 sourcen gerne zur Verfügung, wenn es hilft, einer Sache mehr Gewicht zu verleihen. Das kann  
41 aber nur funktionieren, wenn alle offen und vertrauensvoll miteinander kommunizieren, ganz  
42 im Sinne unseres Leitbegriffs Dialog. Der Informationsaustausch zwischen Juso-Bezirk und den  
43 unterstellten Ebenen soll daher deutlich verstärkt werden. Der Jusos Mittelfranken-Newsletter  
44 soll mehr Gewicht erhalten und von allen als aktiver Informationsweg genutzt werden.

## 1 Was heißt das... für unsere Verbindung zum Juso-Landesvorstand?

2  
3 Im letzten Jahr waren wir im Landesvorstand sehr gut vertreten. Das soll auch 2018 so weiter-  
4 gehen, damit die mittelfränkischen Interessen weiterhin genug Aufmerksamkeit haben. Ein zu  
5 „lokales“ Engagement, wie gerade beschrieben, kann vor allem hier auf Dauer zum Nachteil  
6 werden. Gegenüber den Jusos Bayern können wir uns nichts darauf einbilden, dass wir der  
7 zweitstärkste Bezirk nach Mitgliedern sind. Das muss an der Stelle so deutlich gesagt werden.

8  
9 Unsere Stärke muss sich in einer starken Beteiligung an der inhaltlichen Arbeit der Jusos Bayern  
10 widerspiegeln. Wir werden daher noch aktiver die Seminarangebote auf Landesebene und vor  
11 allem die Kommissionen bewerben. Unsere eigenen Angebote zur politischen Bildung sollen so  
12 konzipiert werden, dass sie eine optimale Ergänzung dieses Angebots sind.

13  
14 Mit Blick auf die Landtags- und Bezirkstagswahlen müssen wir als Jusos im Wahlkampf eigene  
15 Akzente setzen, um attraktiv für die Jung- und Erstwähler\*innen zu sein. Von den Jusos Bayern  
16 ist dazu eine eigene Kampagne geplant. Jeder Bezirk übernimmt hierbei einen thematischen  
17 Schwerpunkt. Die Jusos Mittelfranken widmen sich dem Thema Jugendbeteiligung, mit einem  
18 Leitantrag genauso wie mit einem eigenen Bildungsprojekt, das die Thematik vertieft.

## 20 Veranstaltungen und Schwerpunktthemen 2018/2019

21  
22 Im Sinne unserer drei Leitbegriffe hat der Bezirksvorstand mehrere Formate geplant, mit denen  
23 die politische Bildung auf Bezirksebene breiter und fester aufgestellt werden soll:

### 24 **Das rote Tuch (Arbeitstitel)**

25  
26 Zusätzlich zu den grundlegenden Seminaren wollen wir ein neues Talk-Format starten, das min-  
27 destens viermal im Jahr stattfinden soll. Im Gegensatz zu den Seminaren, die sich vor allem  
28 intern an die Jusos richten, soll das Talk-Format bewusst Aufmerksamkeit in der Öffentlichkeit  
29 schaffen. Es soll daher gezielt in der Presse beworben werden.

30  
31 Wichtig an den Inhalten ist, dass sie kontrovers sind; kontrovers, weil man sie nicht von den  
32 Jusos erwartet, weil sie unsere Juso- und SPD-Positionen auf den Prüfstand stellen oder weil sie  
33 mit dem einen oder anderen Vorurteil gegenüber Jusos spielen.

34  
35 Themenvorschläge:

- 36 1) Von den Suffragetten bis #metoo – Meilensteine der internationalen Frauenbewegung
- 37 2) Das digitale Klassenzimmer – Denklabor oder Demenzstation?
- 38 3) Familie im 21. Jahrhundert – Wo Politik der Realität hinterherhinkt
- 39 4) Sozialdemokratie und Studentenverbindungen

### 40 41 **Planspiel Demokratie**

42 Um politische Bildung nahbar zu machen, gibt es neben dem klassischen Seminar die Form des  
43 Planspiels. Im Herbst 2017 hat Genosse Nils Dörner mit Unterstützung der Jusos Mittelfranken  
44 ein „Planspiel Demokratie“ in Erlangen umgesetzt. Die Rückmeldung aller Beteiligten war so  
45 durchgehend positiv, dass wir das Format gerne auf Bezirksebene weiterführen wollen. Geplant  
46 sind zwei Veranstaltungen im Jahr.

1  
2  
3  
4  
5  
6  
7  
8  
9  
10  
11  
12  
13  
14  
15  
16  
17  
18  
19  
20  
21  
22  
23  
24  
25  
26  
27  
28  
29  
30  
31  
32  
33  
34  
35  
36  
37  
38  
39  
40  
41  
42  
43  
44

**Grundlagenseminare**

Ergänzend zum Angebot der Jusos Bayern sollen auf Bezirksebene mehrere Grundlagenseminare stattfinden, damit die politische Bildung unserer Jusos gestärkt wird. Zwei naheliegende Themenschwerpunkte wären der Bereich Jugendbeteiligung, den wir innerhalb der Juso-Wahlkampagne betreuen, zum anderen das 100-jährige Jubiläum des Frauenwahlrechts. Weitere Ideen werden im neuen Bezirksvorstand besprochen.

**Exkursionen**

Unsere letzte Exkursion nach Wien im Oktober 2017 hat gezeigt, dass solche Ausflüge eine willkommene Abwechslung bieten und den internationalen Austausch voranbringen. Sollte unser Budget es hergeben, wird dieses Jahr wieder eine Exkursion mit politischem Informationsprogramm angeboten.

**Der runde Tisch**

Nicht nur der Dialog innerhalb der Jusos muss stärker werden. Auch der Dialog mit anderen Organisationen muss verstärkt werden. Der Austausch darf nicht nur kommunal oder punktuell stattfinden wie zum Beispiel zum 1. Mai. Auf Mittelfranken-Ebene streben wir einen aktiven Kontakt mit Juso-nahen Verbänden an, ebenso wie mit den Jugendorganisationen anderer Parteien.

Geplant ist zweimal im Jahr ein „runder Tisch“ mit den mittelfränkischen Vertreter\*innen der Grünen Jugend und der Linksjugend. Bei punktuellen Aspekten wie Bürgerrechte ist auch ein Austausch mit anderen Organisationen vorstellbar. Das Treffen soll informell sein und ist in erster Linie ein offener Gedankenaustausch, ohne Wettbewerbsgedanken.

Ebenfalls zweimal im Jahr geplant sind Treffen mit den Gewerkschaftsjugenden (ver.di Jugend Mittelfranken, DGB Jugend Mittelfranken etc.) und anderen Jugendverbänden der Region.

**Antifaschistische Arbeit**

Die antifaschistische Arbeit, seit je her unser Thema, ist heute wichtiger denn je. Seit dem 24. September ist die AfD mit einer Fraktion im Bundestag vertreten, und es ist stark davon auszugehen, dass sie im Herbst 2018 Teil des Bayerischen Landtags und des mittelfränkischen Bezirkstags wird. Mit unseren Expert\*innen im Bezirk werden wir umso mehr das Verhalten der rechten Szene beobachten. Die Beteiligung an Demonstrationen gegen Rechts ist für uns selbstverständlich.

Auch die organisatorische Zusammenarbeit mit regionalen Bündnissen gegen Rechts soll wieder verstärkt werden. Es ist uns wichtig, dass wir als Jusos Mittelfranken neben der SPD noch als eigene Stimme wahrgenommen werden. Klar ist für uns alle: Rechtsextremist\*innen und rechtsextreme Parteien dürfen sich nicht salonfähig fühlen – und schon gar nicht als die Stimme des Volkes.

**Social Media und Homepage**

1 Meinungsbildung im Internet ist selbstverständlich heutzutage und darf nicht anderen Parteien  
2 überlassen werden. In der Hinsicht haben die Jusos Mittelfranken letztes Jahr deutliche Fort-  
3 schritte gemacht. Unsere Homepage hat einen neuen, modernen Look und unsere Facebook-  
4 Seite hat dank einer aktiveren Pflege deutlich an Likes hinzugewonnen (seit der letzten BeKo gut  
5 25%). Trotzdem sind wir unter den sieben Juso-Bezirken tatsächlich der schwächste in Sachen  
6 Reichweite.

7  
8 Die alte Faustregel aus der Werbebranche „Content is king!“ hat weiterhin ihre Richtigkeit. Es  
9 ist daher unser Ziel, online noch präsenter zu werden und mehr Inhalte für unsere Kanäle zu  
10 schaffen. Der Twitter-Account, der bisher nur ein Schattendasein führte, wird neu aufgesetzt und  
11 soll als eigene Meinungsplattform genutzt werden. Ebenso angedacht ist die Einrichtung eines  
12 Instagram-Accounts, um noch mehr die jüngeren Mitglieder anzusprechen.

13  
14 Die Blog-Funktion der Homepage soll ebenfalls aktiv genutzt werden, gerade für Artikel oder  
15 Kommentare, die den üblichen Rahmen eines Tweets oder Facebook-Posts sprengen würden.  
16 Nicht nur Mitglieder des Bezirksvorstands sollen das nutzen können, sondern alle Genoss\*innen,  
17 denen ein Thema auf den Nägeln brennt.

18  
19 Die Verantwortung für die Inhalte wird in ein eigenes Social Media-Ressort innerhalb des Be-  
20 zirksvorstands gelegt. Unterbezirke und Kreisverbände sind gezielt dazu aufgerufen, relevante  
21 Inhalte an die Bezirksebene weiterzugeben. Im besten Fall wird der Webauftritt der Jusos Mittel-  
22 franken zu einem „Seismographen“ der politischen Stimmung im Bezirk und ein Spiegel unserer  
23 inhaltlichen Vielfalt.

## 24 25 **Gleichstellung**

26  
27 In der SPD und auch mancherorts bei den Jusos herrscht weiterhin ein Frauenproblem. Unsere  
28 Partei mag inhaltlich gut aufgestellt sein, was frauen- bzw. gleichstellungspolitische Themen  
29 angeht. Ein genauer Blick auf die Parteistrukturen zeigt jedoch, dass sie ihren eigenen Ansprü-  
30 chen nicht gerecht wird.

31  
32 Wir Jusos sind ein feministischer Richtungsverband. Gerade dieses Jahr, wo das Frauenwahl-  
33 recht sein 100-jähriges Jubiläum feiert, sollten wir uns dessen sehr bewusst sein. Unser Ziel war  
34 und ist die völlige Gleichstellung von Mann und Frau. Dieses Prinzip müssen wir in unserer  
35 Arbeitsgemeinschaft vorbildlich vorleben.

36  
37 Anstatt die Frauenquote anzufechten müssen wir das Empowerment von Frauen weiter voran-  
38 treiben, müssen wir den Juso-Frauen vor Ort mehr Unterstützung zusichern; zum Beispiel indem  
39 wir konsequenter gegen Sexismen und Männerdominanz vorgehen. Innerhalb der SPD und bei  
40 den Jusos umso mehr ist solch ein Verhalten ein No-Go.

41  
42 Veranstaltungen wie die Frauenkonferenz, die letztes Jahr von den Jusos Bayern in Nürnberg  
43 veranstaltet wurde, haben gezeigt, wie viel großartiges Potential in unseren Genossinnen steckt.  
44 Eine ähnliche Möglichkeit zur intensiven Vernetzung wollen wir dieses Jahr auch auf Bezirks-  
45 ebene einrichten. Nur über solche Mittel können die Jusos und die SPD zu einer attraktiven



1 Heimat für die Frauen in unserer Gesellschaft werden, sei es als aktives Parteimitglied oder als  
2 Wählerin.

3  
4

## 5 **Einbindung von (Neu-)Mitgliedern mit nichtakademischem Hintergrund**

6

7 Neumitgliedergewinnung darf sich nicht nur auf Frauen beziehen. Unabhängig vom Geschlecht  
8 ist es unser Ziel, wieder mehr Mitglieder aus dem nichtakademischen Milieu zu gewinnen. Un-  
9 seren Debatten ist leider öfter anzumerken, dass sie vor allem von (ehemaligen) Student\*innen  
10 geführt werden. Wenn darüber hinaus manche Anträge sich wie wissenschaftliche Seminarar-  
11 beiten lesen. Wenn uns da eine gewisse Weltferne vorgeworfen wird, dann lässt sich das nicht  
12 von der Hand weisen. Jede\*r von uns ist aufgefordert, auf mehr Nahbarkeit zu achten, bei der  
13 Sprache genauso wie im Umgang mit interessierten Gästen, die das erste Mal auf einer Juso-  
14 Veranstaltung sind.

15

16 Gerade hier gelten die drei Leitbegriffe unseres Arbeitsprogramms: Dialog, Aufklärung, Auf-  
17 merksamkeit. Zeit für den persönlichen Dialog nehmen; bewusster aufklären, auch über Dinge,  
18 die für uns als Jusos selbstverständlich sind; jedem Interessenten und jeder Interessentin die  
19 gleiche Aufmerksamkeit schenken.

# 1 Anträge

2

3 *Antragsteller\*in:* Jusos UB Nürnberg

4 *Adressat\*innen:* Landeskonferenz Jusos Bayern

## 5 **A1 Mehr Praktika an Gymnasien**

6

7 Die Jusos Nürnberg fordern, dass Gymnasien sich verpflichten den Schüler\*innen bereits ab  
8 Anfang der Mittelstufe die Befreiung für ein verbindliches einwöchiges Praktikum zu ermögli-  
9 chen, neben dem von der Schule verpflichtenden Praktikum in der neunten Klasse.

### 10 **Begründung:**

11 Je mehr Praktika man absolviert, desto besser kann man erkennen, ob persönliche Interessens-  
12 gebiete tatsächlich als ein zukünftiger Beruf in Frage kommen. Für die Weiterbildung der Schü-  
13 ler\*innen in der Frage der Berufs- und Studienorientierung ist das einwöchige Pflichtpraktikum  
14 in der neunten Klasse alleine ungenügend. Die in der Oberstufe einsetzenden P-Seminare än-  
15 dern daran nicht viel, weil sie einerseits viel zu spät mit der Berufs- und Studienorientierung  
16 beginnen und andererseits überwiegend ein theoretisches Wissen und Erfahrungen vermitteln.  
17 In der Oberstufe beginnt der Marathon des Punktesammelns für das Abitur, die Schüler\*innen  
18 stehen unter enormen Druck, auch zeitlichem. Zusätzlich belastet viele die Unsicherheit über  
19 den Weg nach dem Abitur. Diese Unsicherheit könnte mit einer früher einsetzenden Berufs- und  
20 Studienorientierung genommen werden. So sollte allen Schüler\*innen, auf Verlangen, ein zu-  
21 sätzliches Praktikum von einer Woche in der Mittelstufe gewährt werden, damit sie einen besse-  
22 ren Einblick in das Berufsleben kriegen und auch ihre eigenen Erfahrungen vergleichen können.  
23 Diese Erfahrungen, die man während eines Praktikums erlangt, sind entscheidend für ihre Per-  
24 sönlichkeits- und Charakterbildung und tragen essentiell zur Entscheidung über einen zukünftigen  
25 Berufsweg bei. Gerade bei Schüler\*innen, die das Gymnasium nach der neunten oder  
26 zehnten Klasse verlassen, ist eine dementsprechende Berufsorientierung unerlässlich, da sie  
27 dazu ohne praktisches und theoretisches Wissen von der Schule gehen.

1 Antragsteller\*in: Jusos UB Nürnberg

2 Adressat\*innen: Landeskonferenz Jusos Bayern

## 3 **A2 Die Zeitschrift „Schule und Wir“ in das digitale Zeitalter führen**

4

5 Die Jusos Nürnberg fordern, dass die Verbreitung der Zeitschrift "Schule und Wir" des Kultusmi-  
6 nisteriums ab sofort in digitaler Form und nur nach Anfrage in gedruckter Form publiziert wird.

### 7 **Begründung:**

8 Die seit 1972 bestehende Zeitschrift erreicht auf dem bisherigen Weg in den meisten Fällen  
9 nicht wie ursprünglich geplant die Eltern der Schüler\*innen, sondern wird davor von den Schü-  
10 ler\*innen entweder verunstaltet oder entsorgt. Durch diesen Sachverhalt verfehlt die Herausgabe  
11 der Zeitschrift deutlich ihr Ziel und stellt so eher eine Umweltbelastung, als einen wirklichen  
12 Nutzen im Sinne der Informationsweitergabe an die Eltern dar. Selbst wenn die Zeitschrift um-  
13 weltfreundlicher produziert wird, ist gar keine oder eine verminderte Produktion noch deutlich  
14 umweltfreundlicher. Um vor allem unsere Umwelt zu schützen und der Papierflut ein Ende zu  
15 setzen, fordern wir, die vom Kultusministerium herausgegebene Zeitschrift zukünftig nur noch  
16 online oder auf Bestellung zu Verfügung zu stellen. Dabei kann die Zeitschrift beispielsweise auf  
17 der Plattform „Mebis“ des bayrischen Kultusministeriums veröffentlicht werden, bei welchen  
18 schon mehr als 3000 Schulen in Bayern teilnehmen. Hier sind die Schüler\*innen verpflichtet sich  
19 täglich über Entwicklungen auf der Seite zu informieren. Auch eine direkte Weiterleitung an die  
20 Eltern per ESIS (Elektronisches Schüler Informations-System) kann in Erwägung gezogen werden,  
21 durch dieses System werden in vielen Schulen in Bayern bereits die Elternbriefe weitergeleitet.  
22 Durch das einzelne Angebot einer Bestellung der Zeitschrift wird verhindert, dass Personen be-  
23 nachteiligt werden, die eventuell keinen Anschluss zum Internet besitzen oder nicht an den elekt-  
24 ronischen Systemen teilnehmen können. Des Weiteren wird so auch eine effektive und zielge-  
25 richtete Zustellung des Magazins sichergestellt, da nur noch wirklich interessierte Personen er-  
26 reicht werden, was wiederum auch unnötig hohem Papierverbrauch entgegenwirkt. (basierend  
27 auf die Bezirksaussprachetagung der Gymnasien in Mittelfranken.

1 Antragsteller\*in: Jusos UB Fürth

2 Adressat\*innen: Landeskonferenz Jusos Bayern, Bezirksparteitag SPD Mittelfranken, Landespar-  
3 teitag BayernSPD

### 4 **A3 Medienpädagogik ist kein Erweiterungsfach, es ist Pflicht!**

5

6 Für die Lehramtsstudiengänge an den bayerischen Universitäten und Hochschulen fordern wir  
7 eine Reform beim Erweiterungsfach Medienpädagogik. Es soll in seiner jetzigen Form aufgelöst  
8 werden und seine Lehrinhalte zu Pflichtveranstaltungen für alle Lehramtsstudent\*innen in Bayern  
9 werden.

10 Dafür braucht es Anpassungen beim Bayerischen Lehrerbildungsgesetz, bei der Lehramtsprü-  
11 fungsordnung I (und II) sowie den Studien- und Prüfungsordnungen der einzelnen Universitäten.  
12 Hat eine Universität oder Hochschule das Fach noch nicht in seinem Angebot, ist sie dazu auf-  
13 gefordert, so schnell wie möglich passende Strukturen und Inhalte für die Lehramtsstudent\*innen  
14 zu schaffen. Das Kultusministerium soll hierbei unterstützen und entsprechende Finanzmittel zur  
15 Verfügung stellen.

#### 16 **Begründung:**

17 Es ist essentiell, dass die Lehrer\*innen heutzutage mit den digitalen Medien vertraut sind und  
18 deren Chancen für den Schulunterricht erkennen. Die Lehrer\*innenaus- und -weiterbildung  
19 muss darauf vorbereiten, doch hinkt sie diesen Ansprüchen weit hinterher, weil die Debatten viel  
20 zu oft nur um die Infrastruktur kreisen.

21 Der vom Kultusministerium hochgelobte Masterplan BAYERN DIGITAL II ist in der Hinsicht eine  
22 einzige Enttäuschung. Im Grunde sind es gerade mal zwei Sätze im gesamten Papier, die auf  
23 das Thema konkret eingehen. An einer Stelle wird eine „flächenwirksame Fortbildungsoffensive  
24 für alle Lehrkräfte“ angekündigt, an einer anderen Stelle die Einrichtung von Kompetenzzentren  
25 für digitales Lehren und Lernen an den lehrerbildenden Universitäten, so genannte DigiLLabs.  
26 Unabhängig davon, dass man sich in beiden Fällen weitere Details spart: beide Maßnahmen  
27 lösen nicht den Missstand, der im Moment vorherrscht.

28 **Wir brauchen dringend einen medienpädagogischen Masterplan für unsere bayerischen**  
29 **Schulen und vor allem für die Lehramtsstudiengänge an unseren Universitäten und Hoch-**  
30 **schulen!**

31 Im Moment ist der Grad an medienpädagogischer Ausbildung im Lehramt reine Lotterie. Für  
32 jedes Schulfach hat jede Universität seine eigene Studienordnung, die unheimlich stark von den  
33 Bedingungen vor Ort abhängig ist. Der Grundaufbau mag immer ähnlich sein, aber der Teufel  
34 steckt gerade hier im Detail. Ob zum Beispiel in der Fachdidaktik digitale Medien beim Thema  
35 Unterrichtsgestaltung eine Rolle spielen oder ob sie in der Allgemeinen Pädagogik mit eingebaut  
36 werden – das ist oft nicht einsehbar oder weist große Unterschiede auf. Einheitliche Standards  
37 zwischen den Universitäten – selbst innerhalb eines Schulfachs – existieren nicht. Es hängt mehr  
38 oder weniger vom Gutdünken des jeweiligen Lehrstuhls ab, ob digitale Bildung Teil des Studiums  
39 ist oder nicht.

1 Einziger Anker in diesem System ist derzeit das Erweiterungsfach Medienpädagogik, doch auch  
2 hier herrscht eine enorme Ungleichheit innerhalb des Freistaates. Im Moment wird dieses Erwei-  
3 terungsfach gerade mal von drei Universitäten angeboten, und nur eine, die Uni München,  
4 bietet es für das Lehramt an beruflichen Schulen und das Lehramt für Sonderpädagogik an. An  
5 diesem untragbaren Zustand muss etwas geändert werden!

6 Es steht außer Frage, dass auch die Weiterbildung der bereits vorhandenen Lehrkräfte mehr  
7 Aufmerksamkeit braucht und dass sehr viel Fingerspitzengefühl dabei gefragt ist. Noch wichtiger  
8 ist es jedoch, wirksame Strukturen für die Zukunft zu schaffen. In den kommenden Jahren ero-  
9 bert eine Generation die Universitäten, die mit digitalen Medien selbstverständlich aufgewach-  
10 sen ist. Sie mit einem Studium zu konfrontieren, das die Digitalisierung im schlimmsten Fall  
11 völlig ausblendet – oder nicht den Willen hat, sich auf die Verbesserungen durch digitale Bildung  
12 einzulassen – all das steigert nicht die Attraktivität dieses wichtigen Berufs.

13 Auch die CSU macht es sich in der Hinsicht viel zu einfach. Beim Thema digitale Medien und  
14 Digitalisierung sieht sie in erster Linie die Lehrkräfte für Informatik in der Verantwortung. Infor-  
15 matik soll daher Pflichtfach werden, die Didaktik für Informatik auch auf die Grund- und Mittel-  
16 schule erweitert werden, so der Masterplan BAYERN DIGITAL II. Das mag rein technisch be-  
17 trachtet sinnvoll sein, aus pädagogischer Sicht eher weniger. Eine so eingeschränkte Sicht auf  
18 das Thema Medienkompetenz ist fatal. Wie so oft in der Debatte kratzt man bei der Medienpä-  
19 dagogik nur an der Oberfläche.

20 **Wir müssen endlich anfangen, darüber nachzudenken, wie man unabhängig von techni-**  
21 **scher Ausstattung Medienkompetenz angemessen im Unterricht vermittelt und von Anfang**  
22 **an in die Lehrer\*innenausbildung einbaut.**

23 Es muss von Schulen nicht verlangt werden, dass sie technisch immer State-of-the-art sind –  
24 solange sie sich nicht mehr auf dem Stand von Windows 98 befinden.

25 Soll das digitale Klassenzimmer an allen bayerischen Schulen Realität werden, wie vom Kultus-  
26 ministerium geplant, ist es mit einer funktionierenden Breitbandverbindung und entsprechender  
27 IT-Ausstattung nicht getan, auch nicht mit einer Stärkung des Faches Informatik in den Lehrplä-  
28 nen.

29 Die pädagogische Auseinandersetzung mit digitalen Medien ist im 21. Jahrhundert nicht mehr  
30 „Nice to have“, es ist die Pflicht eines\*r jeden Lehrer\*in!

1 *Antragsteller\*in*: Jusos UB Nürnberg

2 *Adressat\*innen*: Landeskonferenz Jusos Bayern, Juso-Bundeskongress

### 3 **A4 Legislaturperiodenbeschränkung für Bundeskanzler\*innen**

4

5 Beschränkung der Amtszeit des Bundeskanzlers/der Bundeskanzlerin auf zwei Legislaturperio-  
6 den.

#### 7 **Begründung:**

8 Auch wenn in Deutschland der Bundespräsident das offiziell höchste Amt im Staat innehat, lenkt  
9 der Bundeskanzler/die Bundeskanzlerin die Geschicke des Landes. In Anbetracht dieser Über-  
10 legung erscheint es etwas verwunderlich, dass der Bundespräsident nach Legislaturperioden  
11 nicht mehr gewählt werden kann, der Kanzler/die Kanzlerin jedoch unendlich oft. Rekordhalter  
12 als Kanzler ist Helmut Kohl mit 16 Jahren. Angela Merkel wird vermutlich nach dieser Legisla-  
13 turperiode mit ihm gleichziehen. Was das für die Demokratie bedeutet sehen wir zurzeit: viele  
14 Bürger\*innen denken, dass ihre Stimme eh nichts mehr verändert, das Wahlprogramm der  
15 Union lautete "Sie kennen mich". Inhaltliche Diskussion war in diesen Wahlkampf vergeblich zu  
16 suchen, da die Union die Bekanntheit Merkels gnadenlos zu ihrem eigenen Vorteil ausgenutzt  
17 und deswegen auf Inhalte komplett verzichtet haben. Deswegen wäre es sinnvoll, auch die Amts-  
18 zeit des Kanzlers/der Kanzlerin auf zwei Legislaturperioden zu beschränken, so dass regelmäßig  
19 neuer Wind und politische Diskussionen zustande kommen und die eben beschriebenen Effekte  
20 abgemildert werden. In anderen Ländern, beispielsweise der USA, ist es auch üblich den wich-  
21 tigsten Posten regelmäßig neu zu besetzen, warum dann nicht auch in Deutschland?

1 *Antragsteller\*in*: Jusos UB Nürnberger Land

2 *Adressat\*innen*: Landeskonferenz Jusos Bayern, Juso-Bundeskongress, Unterbezirksparteitag  
3 SPD Nürnberger Land, Bezirksparteitag SPD Mittelfranken, Landesparteitag BayernSPD, SPD-  
4 Bundesparteitag

## 5 **A6 3+2-Regel verbessern – jungen Geflüchteten eine Chance bieten**

6

7 Wir fordern eine Herabsetzung der Voraussetzungen für das Greifen der 3+2-Regel (§60a Abs.  
8 2 Sätze 4 und 5 AufenthG). So fordern wir konkret den zeitlichen Rahmen, in dem die Regelung  
9 in Kraft tritt, bzw. ein entsprechender Antrag gestellt werden kann (nach Abschluss des Asylver-  
10 fahrens, jedoch bevor konkrete Maßnahmen zu Aufenthaltsbeendigung beschlossen sind), aus-  
11 zuweiten. Ferner muss die Formulierung „konkrete Maßnahmen zur Aufenthaltsbeendigung“  
12 (§60 Abs. 2 Satz 5 AufenthG) konkretisiert werden, um einem Missbrauch durch die Behörden  
13 vorzubeugen.

### 14 **Begründung:**

15 Ziel der 3+2-Regel ist es, abgelehnten Asylbewerber\*innen, die eine Ausbildung anfangen, oder  
16 diese bereits begonnen haben, trotz des abgeschlossenen Asylverfahrens, die Möglichkeit zu  
17 bieten, die Ausbildung fortzusetzen. So lobenswert die Intention zwar ist, da gerade jungen Ge-  
18 flüchteten auf diese Weise eine Perspektive geboten wird, so wenig funktioniert die Regelung  
19 aber tatsächlich. Wegen des viel zu knappen zeitlichen Rahmens, in dem die Regelung greift,  
20 nämlich nach Beendigung des Asylverfahrens, jedoch vor der Einleitung „konkreter Maßnahmen  
21 zur Aufenthaltsbeendigung“, haben viele Geflüchtete gar keine reelle Chance, einen entspre-  
22 chenden Antrag zu stellen, vor allem auch weil die Formulierung „konkrete Maßnahmen zur  
23 Aufenthaltsbeendigung“ zu viel Interpretationsspielraum lässt.

24 So ist gerade die Bayerische Staatsregierung in den letzten Monaten immer wieder dadurch  
25 aufgefallen, dass sie eben diese Formulierung möglichst großzügig interpretiert hat, um somit  
26 die 3+2-Regel zu umgehen und Geflüchtete meist während der Ausbildung abzuschieben. Aus  
27 diesem Grund fordern wir, den zeitlichen Rahmen für die 3+2-Regel auszudehnen und die  
28 Formulierung „konkrete Maßnahmen zur Aufenthaltsbeendigung“ zu konkretisieren, um schnell  
29 für eine Verbesserung der Situation Geflüchteter in der Ausbildung zu sorgen.

1 Antragsteller\*in: Jusos UB Nürnberg

2 Adressat\*innen: Landeskonferenz Jusos Bayern, Juso-Bundeskongress

### 3 **A7 Internet als Grundversorgung**

4

5 Wir fordern, dass die Versorgung mit Internet eine vergleichbare rechtliche Stellung wie die  
6 Versorgung mit Strom, Wasser und Energie zukommt.

7 Wir fordern, dass ein Wohnortwechsel immer ein Sonderkündigungsrecht darstellt. Ein Schutz  
8 der Anbieter ist nicht notwendig, da am neuen Wohnort sowieso ein Neuvertrag geschlossen  
9 werden muss. Die momentane Rechtslage führt in der Regel zu Versorgungsschwierigkeiten und  
10 hohe Kosten. Daher soll das Telekommunikationsgesetz in § 46 entsprechend geändert werden.

11 Wir fordern, dass der Internetzugang denselben Schutz bekommt wie ein Telefonanschluss und  
12 nicht bei Zahlungsrückständen ohne Ankündigung oder Frist einfach gesperrt werden kann. Wir  
13 fordern, dass eine Grundversorgung mit Internet gewährleistet wird. Hierzu soll ein Konzept  
14 erarbeitet werden inwiefern eine Grundversorgung mit Internet ähnlich des Grundversorgungst-  
15 arifs mit Strom möglich und zielführend ist.

#### 16 **Begründung:**

17 Digitalisierung ist ein zentrales Schlagwort der Politik und es werden hohe Anstrengungen un-  
18 ternommen, um alle Menschen mit Internet bzw. Breitband zu versorgen. Hierfür werden  
19 enorme Summen an öffentlichen Mitteln investiert. Der hohe Stellenwert der Digitalisierung  
20 zeigt: Internet ist nicht mehr wegzudenken und für alle Menschen notwendig. Die rechtlichen  
21 Rahmenbedingungen werden dieser Erkenntnis allerdings noch nicht gerecht. Internet ist inzwi-  
22 schen für den Großteil der Menschen Teil ihrer Grundversorgung und genauso bedeutend wie  
23 Strom, Wasser, Gas oder Fernwärme. Es ist daher eine Reformierung der rechtlichen Rahmen-  
24 bedingungen der Versorgung mit Internet notwendig. Insbesondere junge und besonders mo-  
25 bile Menschen, die häufiger den Wohnort wechseln (müssen), stellt dies vor große Herausfor-  
26 derungen: Der alte Vertrag lässt sich nicht kündigen, am neuen Wohnort ist noch kein Internet  
27 installiert oder in der WG wird der Internetanschluss vom Anbieter gekappt, weil das Konto  
28 des\*der Mitbewohner\*in nicht gedeckt war. Gerade Studierende stehen hier nicht selten vor  
29 großen Problemen, weil ohne Internet kein Studium mehr möglich ist (z.B. kann man sich nur  
30 über ein Online-Tool für die Veranstaltungen anmelden). Inzwischen wird erwartet, dass die  
31 Studierenden regelmäßig ihre Mails lesen und beantworten und über diverse Onlineportale ihr  
32 Studium verwalten. Auch in der Arbeitswelt und auch immer mehr in der Welt des ehrenamtli-  
33 chen Engagements ist Internet daheim eine Voraussetzung (reine Online-Bewerbungsverfahren;  
34 Absprachen, 5 Terminhinweise, etc.). beheben.



1 Antragsteller\*in: Jusos UB Nürnberg

2 Adressat\*innen: Landeskonferenz Jusos Bayern, Juso-Bundeskongress

### 3 **A8 Reform des Namensrechts bei Eheschließung gemäß §1355 BGB**

4

5 Wir fordern eine Reform des Namensrechts bei der Eheschließung gemäß §1355 BGB und die  
6 Einführung einer Möglichkeit des Führens von Doppelnamen für beide Ehepartner.

#### 7 **Begründung:**

8 Bei einer Eheschließung nach deutschem Recht hat ein Ehepaar drei Möglichkeiten der Namens-  
9 führung (§ 1355 BGB i.V.m. § 41 PStG).

10 „1. Die Ehegatten sollen einen gemeinsamen Familiennamen (Ehenamen) bestimmen. Die Ehe-  
11 gatten führen den von ihnen bestimmten Ehenamen. (§1355 Abs. 1 BGB) Zum Ehenamen kön-  
12 nen die Ehegatten durch Erklärung gegenüber dem Standesamt den Geburtsnamen oder den  
13 zur Zeit der Erklärung über die Bestimmung des Ehenamens geführten Namen der Frau oder  
14 des Mannes bestimmen. (§1355 Abs. 2 BGB)

15 2. Bestimmen die Ehegatten keinen Ehenamen, so führen sie ihren zur Zeit der Eheschließung  
16 geführten Namen auch nach der Eheschließung. (§1355 Abs. 1 BGB)

17 3. Ein Ehegatte, dessen Name nicht Ehename wird, kann durch Erklärung gegenüber dem Stan-  
18 desamt dem Ehenamen seinen Geburtsnamen oder den zur Zeit der Erklärung über die Bestim-  
19 mung des Ehenamens geführten Namen voranstellen oder anfügen. Dies gilt nicht, wenn der  
20 Ehename aus mehreren Namen besteht. Besteht der Name eines Ehegatten aus mehreren Na-  
21 men, so kann nur einer dieser Namen hinzugefügt werden. Die Erklärung kann gegenüber dem  
22 Standesamt widerrufen werden; in diesem Falle ist eine erneute Erklärung nach Satz 1 nicht  
23 zulässig. Die Erklärung, wenn sie nicht bei der Eheschließung gegenüber einem deutschen Stan-  
24 desamt abgegeben wird, und der Widerruf müssen öffentlich beglaubigt werden. (§1355 Abs.  
25 4 BGB)“

26 Diese Regelung führt dazu, dass, wenn das Ehepaar einen gemeinsamen Namen führt und  
27 diesen auch auf gemeinsame Kinder übertragen möchte, es sich auf einen Namen einigen  
28 muss. Naturgemäß muss dabei ein\*e Partner\*in zurückstecken. Diese\*r hat dann die Mög-  
29 lichkeit, seinen\*ihren Namen als Doppelnamen voranzustellen oder hinten anzufügen (vgl. Mög-  
30 lichkeit 3).

31 Wenn jedoch keine\*r von beiden verzichten möchte, bleibt nur die Möglichkeit 2 – jetzt trägt  
32 aber automatisch eine\*r der Ehegatt\*innen einen anderen Namen als das (potentielle) gemein-  
33 same Kind, dies wird von vielen abgelehnt. Auch sieht man dem Ehepaar bei dieser Lösung den  
34 Ehestatus/die Verbindung nicht aufgrund des Namens an, dies wird auch von vielen abgelehnt,  
35 da man ja u.a. wegen dieser Verbindung heiratet. Oft kommt es durch diese beiden Gründe  
36 dann doch zum Verzicht auf den eigenen Namen, insbesondere bei Frauen, da es noch immer  
37 der gesellschaftlichen Norm entspricht, dass die Frau ihren Namen aufgibt bzw. den Doppel-  
38 namen trägt und nicht der Mann. Abhilfe könnte diesem Problem damit geschaffen werden,  
39 dass auf Wunsch beider Ehepartner\*innen einen Doppelnamen führen können. Diese stellt die

1 gerechteste Lösung da, da jeder seinen Namen behält aber auch einen weiteren Namen mit  
 2 aufnimmt. Mit dieser Fragestellung hat sich das Bundesverfassungsgericht schon mehrfach be-  
 3 schäftigt, eine entsprechende Reform jedoch immer wieder abgelehnt. Dadurch soll laut Bun-  
 4 desverfassungsgericht verhindert werden, dass in der nächsten Generation Bandwurmnamen  
 5 auftreten. Um dieses Problem zu umgehen wäre ein möglicher Kompromiss, dass die Ehepart-  
 6 ner\*innen zwar einen Familiennamen festlegen müssen, damit die Kinder nur einen Namen  
 7 haben und die Gefahr von Bandwurmnamen nicht besteht, aber beide Ehepartner\*innen den  
 8 Namen des\*der Partner\*in vor- oder nachstellen dürfen. Somit dürfte auch der\*die Ehepart-  
 9 ner\*in, dessen Name als Ehe-name gewählt wird, den Namen des\*der Partner\*in anfügen.

10

11 Zu den bisher bestehenden Möglichkeiten käme eine weitere hinzu:

Möglichkeit 1: Festlegung eines Namens	Ehe-name Müller: <ul style="list-style-type: none"> <li>• Susanne Müller</li> <li>• Erich Müller (geb. Häus- ser)</li> </ul>	Nachname der Kinder: <ul style="list-style-type: none"> <li>• Müller</li> </ul>
Möglichkeit 2: Behalt der Namen	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Susanne Müller</li> <li>• Erich Häusser</li> </ul>	Ein Name für alle Kinder muss nach Geburt be- stimmt werden
Möglichkeit 3: Festlegung mit Doppel- name	Ehe-name Müller: <ul style="list-style-type: none"> <li>• Susanne Müller</li> <li>• Erich Häusser-Müller</li> </ul> Oder auch <ul style="list-style-type: none"> <li>• Susanne Müller-Häusser</li> <li>• Erick Häusser</li> </ul>	Nachname der Kinder: <ul style="list-style-type: none"> <li>• Müller</li> </ul> Nachname der Kinder: <ul style="list-style-type: none"> <li>• Häusser</li> </ul>
Möglichkeit 4: NEU Festlegung mit Doppel- name für beide Ehepart- ner	Ehe-name Müller: <ul style="list-style-type: none"> <li>• Susanne Müller-Häusser</li> <li>• Erich Häusser-Müller</li> </ul> Oder auch <ul style="list-style-type: none"> <li>• Susanne Müller-Häusser</li> <li>• Erich Müller-Häusser</li> </ul> Oder auch <ul style="list-style-type: none"> <li>• Susanne Häusser-Müller</li> <li>• Erich Häusser-Müller</li> </ul>	Nachname der Kinder: <ul style="list-style-type: none"> <li>• Müller</li> </ul>

12

13 Unter dem Gesichtspunkt der Gleichberechtigung ist es nicht nachvollziehbar warum ein\*e Ehe-  
 14 partner\*in bei der Namensfrage so offensichtlich zurückstecken muss – denn der Name ist für  
 15 viele Menschen eng verbunden mit der eigenen Identität. In einer modernen und gleichberech-  
 16 tigten Gesellschaft lässt sich diese Ungleichbehandlung, dieses kleine für viele aber sehr ele-  
 17 mentare Problem ganz leicht.

1 Antragsteller\*in: Jusos UB Nürnberg

2 Adressat\*innen: Landeskonferenz Jusos Bayern, Juso-Bundeskongress

### 3 **A9 Änderung des §17 Bundesmeldegesetz (BMG) – Möglichkeit der vor-** 4 **zeitigen Anmeldung**

5  
6 Wir fordern die Einführung einer Möglichkeit sich vor Umzug bei der Meldebehörde an- bzw.  
7 umzumelden. Dazu könnte im Bundesmeldegesetz der entsprechende § 17 Abs. 1 um die Re-  
8 gelung „Eine Anmeldung ist frühestens eine Woche vor Einzug möglich; die Fortschreibung des  
9 Melderegisters erfolgt zum Datum des Einzugs“ ergänzt werden. Diese Regelung besteht in § 17  
10 Abs. 2 bereits, für den Fall einer Auswanderung.

11 Wir fordern, dass eine Anmeldung auch bei der alten Meldebehörde möglich ist. So wie es  
12 möglich ist, dass mit der Anmeldung bei einer neuen Meldebehörde keine Abmeldung bei der  
13 alten Meldebehörde mehr notwendig ist, soll es auch möglich sein, die Anmeldung bei der  
14 neuen Meldebehörde bei der alten Meldebehörde durchzuführen.

15 Weiterhin fordern wir, dass die Digitalisierung der Verwaltung (E-Government) nun schnellst-  
16 möglich vorangetrieben wird. Ziel muss es sein, dass mittelfristig ein Großteil der Behörden-  
17 gänge online erledigt werden können. Das entlastet nicht nur die Bürger\*innen, sondern auch  
18 die Verwaltung.

#### 19 **Begründung:**

20 Im Bundesmeldegesetz ist das Meldewesen in Deutschland geregelt. Nach § 17 BMG ist ein  
21 Umzug bzw. Auszug innerhalb von zwei Wochen beim Einwohnermeldeamt anzuzeigen. Wört-  
22 lich heißt es in Absatz 1: „Wer eine Wohnung bezieht, hat sich innerhalb von zwei Wochen nach  
23 dem Einzug bei der Meldebehörde anzumelden.“ In der Praxis stellt diese Regelung, insbeson-  
24 dere junge Menschen, die häufiger umziehen, vor Herausforderungen. Ein Fortschritt ist bereits,  
25 dass man sich nicht mehr bei seinem alten Wohnsitz abmelden muss, sondern mit der Anmel-  
26 dung beim neuen Einwohnermeldeamt automatisch abgemeldet wird. Dennoch bleiben zwei  
27 Schwierigkeiten erhalten: A) man kann sich nicht vorab anmelden, beispielsweise kann man  
28 sich nicht am 26.10. beim Einwohnermeldeamt für einen Einzug ab 01.11. anmelden. B) Man  
29 kann sich nicht bei seinem alten Einwohnermeldeamt ummelden. Dies stellt oft eine Schwierig-  
30 keit dar, weil die Ämter der alten Kommune bekannt sind, aber nicht die der neuen Kommune.  
31 Außerdem hat man nach Umzug oft viel zu erledigen und daher weniger Zeit als davor. Im  
32 Rahmen von Bürgerfreundlichkeit und Kundenorientierung sollte es möglich sein, dass wenn ein  
33 Mensch beispielsweise von München nach Nürnberg zieht, er\*sie sich bereits in München vorab  
34 mit der neuen Adresse in Nürnberg anmeldet.

1 *Antragsteller\*in*: Jusos UB Nürnberg

2 *Adressat\*innen*: Landeskonferenz Jusos Bayern

### 3 **A12 Helfen statt Posten!**

4

5 Die oben genannten Gremien werden dazu aufgefordert sich für die Einführung eines jährli-  
6 chen, verpflichtenden Erste-Hilfe-Kurses für alle Schüler\*innen der 8. Jahrgangstufe in allen  
7 Schularten einzusetzen.

#### 8 **Begründung:**

9 Der Erste Hilfe Grundlehrgang ist das Fundament der Ersten Hilfe; das Erkennen und Einschätz-  
10 zen von Gefahren und die Durchführung der richtigen Maßnahmen, wie zum Beispiel die Wie-  
11 derbelebung, sollte jeder Bürger und jede Bürgerin beherrschen.

12 Seit der Abschaffung der Wehrpflicht, in dem so einem Kurs enthalten war, kommt die Jugend  
13 nur noch höchstens bei der Führerscheinprüfung mit den lebensrettenden Sofortmaßnahmen in  
14 Kontakt. Dieser wird jedoch nicht von allen Personen gemacht, gerade in den Städten entschei-  
15 den sich immer mehr junge Menschen zunächst keinen Führerschein zu machen. Nehmen wir  
16 die Situation, in der Wiederbelebungsmaßnahmen erforderlich sind, durch den rechtzeitigen  
17 Beginn könnte ein hoher Prozentsatz der Notfallpatienten gerettet werden, wenn damit inner-  
18 halb von fünf Minuten nach dem Notfall begonnen wird. Beim Überschreiten dieses engen Zeit-  
19 raums können nur noch sieben Prozent der Patienten erfolgreich reanimiert werden. Die Ausbil-  
20 dung in lebensrettenden Sofortmaßnahmen kann eine Ausbildung in Erster Hilfe nicht ersetzen.  
21 Sie vermittelt - in acht Unterrichtsstunden - nur die wichtigsten Sofortmaßnahmen und auch die  
22 bei Unfällen im Straßenverkehr. Daher plädieren wir für einen vollwertigen Erste-Hilfe-Kurs. Es  
23 ist notwendig, um im Notfall richtig und schnell handeln zu können, einen solchen Kurs gemacht  
24 zu haben.

1 Antragsteller\*in: Jusos UB Fürth

2 Adressat\*innen: Landeskonferenz Jusos Bayern, Juso-Bundeskongress, Landesparteitag Bayern-  
3 SPD, SPD-Bundesparteitag

## 4 **A13 Steuerfreiheit für Mindestlohnempfänger\*innen!**

5

6 Wir wollen, dass Arbeitnehmer\*innen, die nur den gesetzlichen Mindestlohn oder darunter  
7 verdienen, von der Einkommenssteuerpflicht befreit werden beziehungsweise keine steuerlichen  
8 Belastungen erfahren. Das gleiche gilt für Selbständige, deren Einnahmen sich bis auf dem  
9 Niveau eines\*r Mindestlohnempfänger\*in bewegen.

10 Dafür braucht es ein rechtliches Mittel – eine Art „Mindestlohnpauschale“ – das die bestehenden  
11 Frei- und Pauschbeträge im EStG ergänzt, sich aber nur gezielt auf die Einkommen aus selbst-  
12 ständiger Arbeit (§ 18 EStG) und nichtselbständiger Arbeit (§ 19 EStG) bezieht. Die Höhe dieses  
13 Mittels soll an das Niveau des gesetzlichen Mindestlohns gekoppelt werden. Steuerliche Einbu-  
14 ßen müssen mit einer entsprechenden Erhöhung des Spitzensteuersatzes kompensiert werden.

### 15 **Begründung:**

16 Trotz des inzwischen flächenweit geltenden Mindestlohns gibt es noch immer Millionen Arbeit-  
17 nehmer\*innen, die diesen Mindestlohn nicht empfangen, auch wenn sie nicht zu den gesetzli-  
18 chen Ausnahmefällen gehören. Parteien wie die Union tolerieren zudem die laxen Handhabe bei  
19 der Nachweispflicht und höhlen so dieses wichtige Instrument immer weiter aus.

20 Dabei befindet sich das Nettogehalt, das sich aus dem gesetzlichen Mindestlohn ergibt, auf-  
21 grund von Steuern und Sozialabgaben nur minimal über der offiziellen Armutsgrenze. 2016 lag  
22 die laut Statistischem Bundesamt bei alleinstehenden Personen bei 969 Euro netto im Monat.  
23 Eine alleinstehende Vollzeitkraft, die 8,84 Euro pro Stunde verdient, hat derzeit ein Nettogehalt  
24 von ca. 1.125 Euro. Dass die Wirtschaft auf diesem Niveau noch versucht, Löhne zu drücken,  
25 ist ein arbeitspolitischer Skandal.

26 Von Seiten der Politik, gerade von der SPD, muss ein deutliches Zeichen gesetzt werden – für  
27 den Mindestlohn und all die Menschen, die unter prekären Gehältern leiden. Die Einrichtung  
28 einer „Mindestlohnpauschale“, wie in der Forderung beschrieben, wäre ein solches Zeichen. 90  
29 Euro mehr im Monat mag für manche wenig klingen, für die betroffenen Lohnempfänger\*innen  
30 macht das einen wesentlichen Unterschied aus.

31 Die steuerlichen Einbußen, die dadurch entstehen, sind im Verhältnis überschaubar und ließen  
32 sich ganz leicht kompensieren, zum Beispiel durch Lohnerhöhungen. Ohnehin wären nahezu  
33 alle Branchen-Mindestlöhne von dieser Maßnahme nicht betroffen.

34 Zusätzlich werden auch die Mitarbeiter\*innen der Finanzämter geschont, da sie sich mit weniger  
35 Steuererklärungen beschäftigen müssen. Die so freigesetzten Ressourcen können zum Beispiel  
36 den Großverdiener\*innen und Unternehmen gewidmet werden, die jedes Jahr versuchen, Steu-  
37 ern zu hinterziehen – in einer Größenordnung, die sicher höher ist als die Einbußen.

1 Antragsteller\*in: Jusos UB Fürth

2 Adressat\*innen: Landeskonferenz Jusos Bayern

## 3 **Y1 Mehr Jugendpartizipation im Freistaat Bayern!**

4

5 Politisches Engagement ist für uns Jusos keine Frage des Alters. Mehr denn je ist es wichtig, dass  
6 Jugendliche eine umfassende politische Bildung erhalten, damit die demokratischen Werte in  
7 unserer Gesellschaft aktiv gelebt und verteidigt werden. Die Entwicklungen der letzten Jahre  
8 zeigen, dass der Frieden in Europa und die bestehenden Freiheiten in der Europäischen Union  
9 keine Selbstverständlichkeit sind. Die heutige Generation an Teenagern und jungen Erwachse-  
10 nen ist in einem Europa aufgewachsen, in dem Freizügigkeit herrscht, in dem es eigentlich keine  
11 Binnengrenzen mehr gibt und man fast überall mit der gleichen Währung zahlen kann - ein  
12 Europa, in dem wahrhaftig #freistarten kann. Dass man jetzt allen Ortes wieder über Grenz-  
13 kontrollen, Zäune, Euro- und EU-Austritte nachdenkt, ist sicher nicht auf das Meinungsbild der  
14 jungen Generation zurückzuführen. Unter allen demographischen Schichten fühlen sich „die  
15 Jungen“ noch am ehesten als Europäer\*innen und schätzen die vorhandenen Freiheiten. Wie  
16 soll aber diese Generation ernsthaft für Europa und die Demokratie eintreten, wenn sie nicht  
17 das Ideal dahinter versteht oder wenn sie in unserer Gesellschaft nichts zu sagen haben?

18 Man muss gar nicht bis nach Europa denken, um festzustellen, dass jungen Menschen im poli-  
19 tischen und gesellschaftlichen Alltag zu wenig Gehör geschenkt wird – wenn sie überhaupt als  
20 Meinungsträger\*in ernst genommen werden. Die aktuell stattfindende Debatte unter dem Hash-  
21 tag #diesejungenleute zeigt symptomatisch, wie allein hierzulande mit jungen Mandatsträ-  
22 ger\*innen, ja überhaupt mit meinungsstarken Jugendlichen umgegangen wird. Der in dieser  
23 Debatte aufgekommene Begriff der "Jugenddiskriminierung" ist nicht weit hergeholt. Wer der  
24 Jugend mit so einer Abwertung begegnet, braucht sich nicht zu wundern, wenn irgendwann der  
25 Punkt erreicht ist, an dem Motivation in Verdrossenheit oder gar in Destruktivität umschlägt.

26 Das Recht auf Beteiligung ist Grundprinzip der UN-Kinderrechtskonvention! Und wir als Jusos  
27 wollen mehr denn je dieses Recht einfordern und uns für die Mitsprache der Jugendlichen ein-  
28 setzen. Der Freistaat Bayern soll zu einem Musterbeispiel an Jugendpartizipation werden, auf  
29 kommunaler genauso wie auf Bezirks- und Landesebene.

### 30 **Politische Bildung stärken**

31 Damit demokratische Partizipation grundsätzlich bei jungen Menschen Interesse weckt, vor al-  
32 lem aber so neutral wie möglich an sie herangetragen wird, muss diese in Form von Bildung  
33 weiter verstärkt werden. Jugendlichen soll mit attraktiven Angeboten die Möglichkeit gegeben  
34 werden, Demokratie besser zu verstehen und somit auch schätzen zu lernen. Hierfür sollen  
35 Maßnahmen erarbeitet werden, welche auf Jugendliche zugeschnitten sind. Dieses politische  
36 Interesse zu fördern oder gar eine Grundlage dafür zu bieten, ist auch wertvoll für die Gesell-  
37 schaft als solches. Wenn Menschen die Demokratie besser verstehen, können sie sich auch be-  
38 wusstmachen, wo die eigenen Gestaltungsmöglichkeiten liegen. Zudem ist politische Bildung  
39 wichtig, um die Gesellschaft vor Folgen durch Populismus zu schützen.

1 Wir fordern daher die Gründung einer Kommission auf Landesebene, welche sich mit der Frage  
2 beschäftigt, wie die politische Bildungsarbeit in unserer Gesellschaft vermehrt, gestärkt und vor  
3 allem attraktiv auf Jugendliche ausgerichtet werden kann.

#### 4 **Mehr Jugendbeteiligungsformate**

5 Aktive Beteiligung fängt meistens klein im Kommunalen an. Zu allererst sind die Städte und  
6 Gemeinden in der Pflicht, für öffentliche Angebote zu sorgen, über die Jugendliche sich politisch  
7 wie kulturell engagieren können. Entsprechende barrierefreie Räume sind ebenfalls zur Verfü-  
8 gung zu stellen. In ländlichen Gegenden scheitert es oft schon an dieser Hürde. Es ist schlichtweg  
9 kein Raum zur Entfaltung da, obwohl die Nachfrage bei den Jugendlichen da wäre. Hier müssen  
10 die betroffenen Kommunen endlich Abhilfe schaffen. Das ist aber nur der erste Schritt.

11 Die Ausgestaltung der Angebote für Kinder und Jugendliche darf nie über deren Köpfe hinweg  
12 diskutiert und entschieden werden. Warum sollte an Orten, die hauptsächlich von Jugendlichen  
13 genutzt werden – Spielplätze, Schulwege, Jugendtreffs – deren Miteinbeziehung nicht selbstver-  
14 ständlich sein? Es geht dabei nicht nur um kreative Prozesse oder ihre Einbeziehung als ehren-  
15 amtliche Helfer\*innen. Auch bei der konkreten Projektplanung seitens der Kommune fordern wir  
16 vom ersten Schritt an Transparenz und eine aktive Mitsprache der betroffenen/beteiligten Ju-  
17 gendlichen auf Augenhöhe. Bei Gemeinderats- oder Stadtratssitzungen, die sich um ein Beteili-  
18 gungsformat drehen, sollte immer ein\*e gewählte\*r Vertreter\*in der Jugendlichen anwesend  
19 sein und Rederecht haben. Eine solche Teilhabe kann nur die Verbundenheit zum Projekt stärken  
20 und sichert letzten Endes deren Nutzung.

#### 21 **Jugendräte und Jugendparlamente**

22 In vielen Kommunen existieren bereits so genannte Jugendräte, genauso wie Senioren-, Behin-  
23 derten- oder Migrations-/Ausländerräte. Ihr Aufgabenbereich und der Umfang ihres Mitspra-  
24 cherechts folgt jedoch keiner klaren Linie. Mancherorts haben Jugendräte Verantwortung über  
25 ein eigenes Budget und sind vollwertige Berater des Stadt- oder Gemeinderats, mancher-  
26 orts sind sie reine Beratungsstellen nach außen oder ihre Verantwortung wird auf die Organi-  
27 sation von Grillfesten reduziert.

28 Wenn Kommunen schon einen Jugendrat einsetzen, müssen sie seine Funktion und dessen Ge-  
29 staltungsmöglichkeiten ernst nehmen und ihn proaktiv an die Jugendlichen herantragen. Eine  
30 Möglichkeit, der Sache mehr Gewicht zu verleihen, ist die Weiterentwicklung hin zu Jugendpar-  
31 lamenten, begleitet von Fachkräften. Das Budget wäre dann ein „Haushalt im Haushalt“ und  
32 würde „unter kommunalpolitischen Bedingungen“ verteilt werden. Diese Form würde zusätzlich  
33 die politische Bildung der Beteiligten stärken, nicht nur zu einer positiven Persönlichkeitsentwick-  
34 lung beitragen.

#### 35 **Schülermitverwaltung und Auszubildendenräte**

36 Beteiligung im schulischen Bereich ist ein genauso wichtiges Feld. Schüler\*innen muss man vom  
37 ersten Schultag an das Gefühl der Mitbestimmung geben, um sie zu mündigen Demokrat\*innen  
38 zu erziehen, aber auch um klar zu machen, dass ihre (Aus-)Bildung einen besonderen Stellen-  
39 wert genießt. Die Rolle der Schülermitverantwortungen muss daher weiter gestärkt werden, ge-  
40 nauso wie die Rolle der Bezirksschülersprecher\*innen und des Landesschülerrats in Bezug auf  
41 das Kultusministerium.

1 Die Einrichtung von Auszubildendenräten und eines Azubi-Parlaments in den Berufsschulen, wie  
2 von den Jusos Bayern bereits gefordert, ist ein weiteres Mittel. Demokratisch gewählte Vertre-  
3 ter\*innen der jeweiligen Ausbildungsbranche sollen offiziell die Belange der Auszubildenden ge-  
4 genüber der Berufsschule vertreten, entweder in ihrem Fachbereich oder als Gesamtvertretung  
5 der Berufsschüler\*innen.

#### 6 **Endlich Wahlen ab 16 – für Landtags-, Bezirkstags- und Kommunalwahlen!**

7 Die Grundform demokratischer Beteiligung ist die freie, geheime Wahl. Gerade hier sind Ju-  
8 gendliche immer noch von der politischen Mitgestaltung ausgeschlossen, was einfach nicht  
9 mehr zeitgemäß ist – um zu nicht zu sagen „antidemokratisch“. Der Vorschlag, ein Wahlrecht  
10 ab 16 im Freistaat Bayern einzuführen, stößt vor allem bei der CSU regelmäßig auf strikte Ab-  
11 lehnung, obwohl es inzwischen in anderen Bundesländern schon erfolgreich angewendet wird.  
12 In den Köpfen mancher Christsozialen haben Jugendliche in diesem Alter noch nicht ausrei-  
13 chend Lebenserfahrung, um politisch urteilsfähig zu sein. Deshalb könnten Sie auch die Rechts-  
14 folgen ihrer Handlungen nicht abschätzen.

15 Eine weitere angebliche Binsenweisheit besagt, dass Jugendliche anfälliger für den Einfluss von  
16 Extremisten seien. Allein ein Blick auf das Wahlverhalten bei der Bundestagswahl 2017 zeigt,  
17 dass das allerhöchstens für die Ost-Bundesländer zutrifft. Bundesweit bei den 18- bis 29-Jähri-  
18 gen ist nach Umfragen die AfD nur sechststärkste Kraft geworden, gleichauf mit der Linken. Die  
19 Aussage, dass die Ränder bei den Jugendlichen grundsätzlich populärer wären, ist genauso  
20 pauschal wie alle Argumente, die von den Gegnern des Wahlrechts ab 16 kommen. Kein Bun-  
21 desland, das sein Wahlalter herabgesetzt hat, ist dadurch umgestürzt worden.

22 Wir fordern daher weiterhin die Senkung des Wahlalters im Freistaat Bayern auf 16 Jahre –  
23 zuerst bei den Kommunalwahlen 2020 und dann mit den Landtags- und Bezirkstagswahlen  
24 2023 auch auf Landesebene.